



## Das war's, oder noch besser – aufs Neue

Von Rüdiger Seidenspinner, GdP-Landesvorsitzender

**Das war es fast, das Jahr 2013. Es war geprägt von einem Interessenbekundungsverfahren, das es so bisher, wahrscheinlich in der ganzen Republik noch nie gegeben hat.**

Einige haben sich mehr erhofft, so z. B. dass lang ersehnte Versetzungswünsche in Erfüllung gehen, andere aber haben nur gewünscht, dass sie fair behandelt werden.

Hier und da wurden diese Wünsche nicht erfüllt, weil

a) das IBV kein Versetzungsverfahren war und

b) es nicht am System lag, sondern an den handelnden Personen. Leider haben hier und da einige nur ihren eigenen vermeintlichen Vorteil gesehen oder wollten sich auf Biegen und Brechen „ihre“ OE so basteln, wie sie es sich vorstellen.

Das ist nicht in Ordnung, lässt sich aber leider auch nicht verhindern, denn hier wurden offensichtlich schon bei der Auswahl der Verantwortlichen Fehler gemacht. Solche Negativerlebnisse überschatteten dann leider alle anderen positiven Aspekte, die unweigerlich in den Hintergrund treten bzw. fast nicht mehr erscheinen und es verblasen alle guten oder sogar hervorragenden Ergebnisse und deren Anstrengungen.

Ihr müsst als Gewerkschaft kritisieren, anprangern, bemängeln und verurteilen, bekomme ich immer wieder gesagt bzw. geschrieben. Stimmt das? Müssen wir das wirklich? Müssen wir permanent ein Feindbild aufbauen?

Klar, wenn Missstände vorhanden sind gehören sie benannt! Aber müssen wir, weil wir eine Gewerkschaft sind, generell gegen alles sein? Müssen wir nicht vielmehr unseren Einfluss, unsere Stärke, unsere Argumente dazu nutzen etwas zu verändern, zu verbessern?

Wo kommen die Dienstvereinbarungen eigentlich her? Sind diese Gottgegeben oder gar rechtlich verpflichtend?



Nein, sie sind hart umkämpft mit Worten und Argumenten. Nicht durch einfach nur dagegensein und kritisieren, sondern durch harte Überzeugungsarbeit.

Was war eigentlich der Ausgangspunkt? Wollten alle Beteiligte eine Dienstvereinbarung? Solche Punkte werden gerne übersehen und/oder vergessen. Die Reform wäre ohne unser Zutun auch gekommen, aber, und davon bin ich felsenfest überzeugt, völlig anders.

**Die Reform war aber nicht alles, was in 2013 so gelaufen ist!**

Nein, wir hatten mal wieder Beurteilungen oder besser ausgedrückt, jeder bekam auf der imaginären Beförderungsliste seine Platzziffer zugeteilt. Um was geht es eigentlich bei der Beurteilung. Will man feststellen wer, wo und wie in seiner dienstlichen Entwicklung steht, wie er oder sie seine oder ihre Arbeit geleistet hat und welche Befähigungen er/sie hat, sich angeeignet hat oder noch benötigt? Nein, es geht nur einzig und allein darum, bin ich im quotierten Bereich oder nicht oder noch einfacher ausgedrückt, reicht es für eine Beförderung oder nicht. Eine 3,75 ist bei fünf erreichbaren Punkten rein mathematisch deutlich über der Mitte oder dem Durch-

schnitt, aber dies sei geschenkt, denn diese 3,75 reicht in der Regel nicht zur nächsten Beförderung.

Müsste hier eigentlich nicht ein Aufschrei durchs Land gehen? Nein, es ist ziemlich ruhig. Nur das bekannte Gemurmel ist zu hören, mehr nicht. So ruhig ist es aber nicht, weil alle das System in Ordnung finden, sondern weil viele resigniert haben. Müssten aber resignierte Mitarbeiter nicht unsere Führungskräfte alarmieren? Nein, denn sie sind oftmals selbst Betroffene von Beurteilungen und Teil des Ganzen.

Was können wir also tun? Sicher ist, so kann und darf es nicht weitergehen. Denn solche Beurteilungen können krank machen und stecken Menschen in eine Schublade, aus der sie nie wieder rauskommen.

Für die wenigen, die dann im quotierten Bereich sind und vielleicht befördert werden, ist das System sicher gut, aber wo bleibt der Rest? Diejenigen, denen gesagt wird, sie sind überdurchschnittlich, aber aufgrund der Quote habe es halt auch dieses Mal wieder nicht gereicht?

Was geschieht eigentlich mit dem über 50-Jährigen, der mit 3,75 beurteilt ist, bloß weil er nicht mehr so schnell laufen kann wie ein Jüngerer? Das reicht nicht für den Aufstieg, noch für A 9 + Z! Ein Aufstieg nach A 9 + Z ist mittlerweile ohnehin fast schon ein Wunder, es gibt fast keine mehr. Es gibt Kollegen, die in ihrer beruflichen Laufbahn eigentlich immer in einem sogenannten Wellental sind und fast immer Pech haben, doch kaum sind sie oben, gibt es z. B. eine Haushaltssperre oder nur wenige Beförderungen.

Haben wir Gewerkschaften versagt? Nein und ja, denn alle geschilderten Entwicklungen sind nicht neu und waren absehbar. Diese Situationen kennen wir und jedes Mal, bevor der Deckel den Druck nicht mehr halten konnte, gab es neue Programme oder manchmal auch zusätzliche Beförde-

*Fortsetzung auf Seite 4*



DIE GdP BEWEGT WAS

# GdP-Forderung nach Z-Initiative

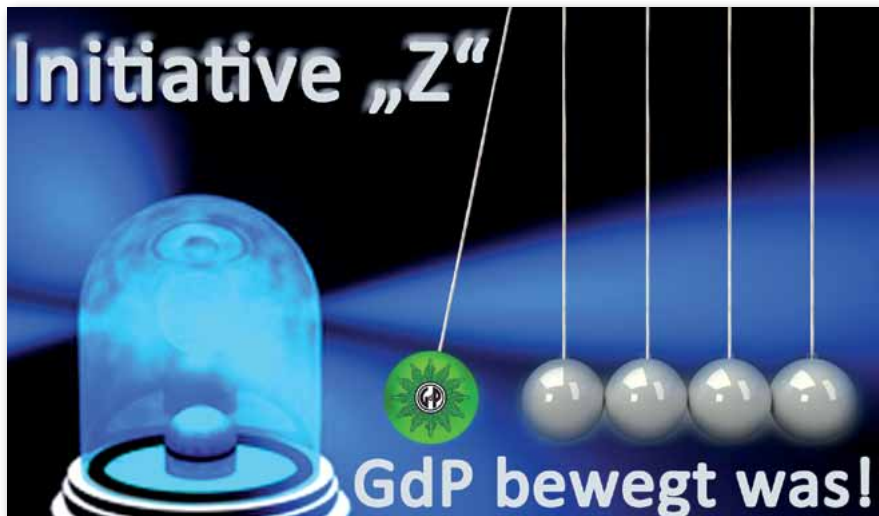
Zahlreiche Kollegen laufen Gefahr in A 9 in Pension gehen zu müssen. Dies hat nichts mit mangelnder Leistung zu tun, sondern mit dem Mangel an Z-Stellen bzw. an zu wenigen Aufstiegsmöglichkeiten über W 8 in der Vergangenheit.

Durch den Wegfall der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage stellt dies eine klare, unverdiente Verschlechterung dar.

**Deshalb benötigen wir eine Z-Initiative.**

Wir fordern die Landesregierung auf, zusätzliche Z-Stellen zur Verfügung zu stellen, damit die betroffenen Kolleginnen und Kollegen wenigstens in A 9 +Z in den wohlverdienten Ruhestand gehen können.

Damit diese gerechte Forderung nicht als unfinanzierbar totgeredet



wird, schlagen wir als Gegenfinanzierung die Streichung der 10% on top bei der freiwilligen Lebensarbeitszeitverlängerung vor.

Mit diesem Vorschlag wäre beiden Gruppierungen geholfen. Die A9er könnten in A 9 +Z in den Ruhestand gehen und die, die freiwillig ihre Le-

bensarbeitszeit verlängern, hätten weiterhin Heilfürsorge und 100% anstatt 71,75% Gehalt und können, falls erforderlich, die 71,75% vollmachen.

Die GdP hat diesen Vorschlag dem Innenminister unterbreitet und steht für die Aufnahme der erforderlichen Gespräche jederzeit zur Verfügung.

DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe



Baden-Württemberg

**GdP-Geschäftsstelle:**

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen  
Telefon (0 70 42) 8 79-0  
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11  
E-Mail-Adresse: [info@gdp-bw.de](mailto:info@gdp-bw.de)  
Internet: [www.gdp-bw.de](http://www.gdp-bw.de)

**Service GmbH BW:**

Telefon: (0 70 42) 8 79-0  
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11  
E-Mail-Adresse: [Info@gdp-service.com](mailto:Info@gdp-service.com)

**Redaktion:**

Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)  
Schwalbenweg 23  
71139 Ehningen  
privat: (0 70 34) 76 83  
Mobil: (0 15 25) 3 45 43 84  
E-Mail: [redaktion@gdp-bw.de](mailto:redaktion@gdp-bw.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**

VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35  
vom 1. Januar 2013  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Herstellung:**

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381



## AUS DER REDAKTION

Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse [redaktion@gdp-bw.de](mailto:redaktion@gdp-bw.de) zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, oder in der [GdPdigi@l](mailto:GdPdigi@l) veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden.

In dringenden Fällen erreicht Ihr uns auch unter der Telefonnr. 0 15 25/3 45 43 84.

Der Redaktionsschluss für die Januar-Ausgabe 2014 des Landesjournals Baden-Württemberg war aufgrund der Feiertage im Dezember bereits am 29. November 2013, für die Februar-Ausgabe ist er am Freitag, dem 3. Januar 2014.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden.

Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Texten ohne Fotos, diese bitte separat zuzusenden.

**Wolfgang Kircher**



## GEWALT GEGEN POLIZEIBEAMTE

## „Bei uns steht der Mensch im Mittelpunkt“

Am 30. Oktober führte das IM ein Forum „Gewalt gegen Polizeibeamte“ für Führungskräfte bei der BPD Böblingen durch. Einen ganzen Tag lang wurden Ursachen, Auswirkungen und Facetten der Gewalt gegen die Polizei aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet. Neben Führungskräften der Polizei – höherer und gehobener Dienst – waren auch Vertreter der Gewerkschaften geladen.

Wie nicht anders zu erwarten, beschränkten sich die polizeilichen Vertreter vor allem auf das äußere Erscheinungsbild der Polizei und auf schwerpunktmäßige Fortbildung.

DirBP Mürder stellte in seinem Eingangsstatement fest, dass die Bürger von ihrer Polizei körperliche Leistungsfähigkeit und einwandfreies und sicheres Auftreten erwarten. So hätte die jüngste Untersuchung der Hochschule der Polizei bestätigt, dass Basecap und Poloshirt als lässig, provokativ bis hin zum „Anbiedern“ gewirkt hätten. Ordentlich gekleidete Polizistinnen und Polizisten hätten es mit viel weniger Widerstand zu tun.

Gott sei Dank wurde diese einseitige Betrachtungsweise durch die wissenschaftlichen Beiträge von Herrn Prof. Dr. Behr von der Akademie der Polizei in Hamburg und der KOST KHH (Koordinierungsstelle Konfliktbehandlung) doch deutlich relativiert. Insbesondere Prof. Dr. Behr stellte deutlich heraus, dass man es sich mit einer Beschränkung auf die Bekleidungsdiskussion zu einfach mache. Vielmehr komme es auf die innere Einstellung der Polizistinnen und Polizisten an. Am besten spiegelt sich das in einer von ihm zitierten Äußerung eines bayerischen Kollegen beim Einsatz auf dem Oktoberfest wieder, der da sagte und sicherlich auch so meinte:

„Wer mich beleidigt, das bestimme immer noch ich.“

Auch Dr. Kepplinger von der KOST KHH stellte die handelnden Menschen in den Mittelpunkt. Er beleuchtete die unterschiedliche Stressresistenz der Menschen und kommt zu einem ähnlichen Schluss: „Ein in sich ruhender, selbstbewusster Mensch wird akzeptiert und respektiert. Er wird seinem Gegenüber immer auf Augenhöhe begegnen.“ Ich behaupte sogar. Für diese Kolleginnen und Kollegen ist die Diskussion um das äußere Erscheinungsbild überhaupt kein Thema. Sie wer-



den immer auf ihr Äußeres bedacht sein, mit Sicherheit keine übertriebenen Tattoos oder sonstigen Accessoires benötigen aber auch in Poloshirt und Basecap immer noch respektvoll und respektabel aussehen und einschreiten können.

Die Frage stellt sich jedoch: Wie komme ich zu diesem Typus Mensch? Training alleine ist sicherlich nicht zielführend, wenn die Grundvoraussetzungen nicht vorhanden sind. Handlungssicherheit ersetzt weder Würde noch Anstand.

Nach Vorstellung der Verantwortlichen ist die heutige Polizistin/der heutige Polizist 180 cm groß, muskulös, sportlich (Marathonstrecke unter 3:40), kompetent, intelligent (IQ > 130), stressresistent, gepflegter Haarschnitt, Nichtraucher und Antialkoholiker, immer freundlich, immer höflich sowie am ganzen Körper „glatt und metallfrei.“ Nur – dieser Typus Mensch ist überall gefragt und hat in der sogenannten „Freien Wirtschaft“ wesentlich bessere Perspektiven. Stichwort: demografische Entwicklung. Trotzdem muss die charakterliche Prüfung, mit dem Schwerpunkt psychische Belastbarkeit, im zukünftigen Auswahlverfahren eine größere, wenn nicht sogar die entscheidende Rolle spielen.

Sicher ist, dass der Bürger als Kunde hohe Ansprüche an „seine“ Polizei hat und dass diese Ansprüche immer noch größer werden. Er, der Bürger, erwartet zu Recht rasches und kompetentes Einschreiten. Nur, die Zahl der Interventionen steigt ständig, während die Perso-

naldecke vor Ort immer dünner wird. Eine ständig steigende Schlagzahl führt automatisch zu stärkerer Belastung und zwangsläufig zu erhöhter Reizbarkeit. Erhöhte Reizbarkeit wirkt zusätzlich provozierend und erzeugt Widerstand und Widerstand führt im Extremfall zu Gewalt – egal von welcher Seite. Ein Teufelskreis, den es zu durchbrechen gilt.

So gesehen ziehen eigentlich alle an einem Strang, jedoch aus unterschiedlichen Beweggründen und mit unterschiedlichen Ansätzen.

Die Gewerkschaft der Polizei thematisiert seit Jahren das Gewaltthema – in der Bevölkerung, in sozialen Brennpunkten, in den Städten und nicht zuletzt gegen die Polizei. Zahlreiche Veranstaltungen, Foren, Tagungen und Veröffentlichungen belegen dies. Niemand wollte je Mitleid oder anerkennendes Schulterklopfen. Vielmehr war das Ziel, dieses Thema zu kommunizieren, um so Politik und Bevölkerung zu sensibilisieren. Und genau das wurde erreicht.

Sicherlich ist das bestenfalls der erste Schritt. Im Idealfall arbeiten jetzt alle auf ein gemeinsames Ziel hin. Aber genau das scheint nicht zu funktionieren.

Während sich die Polizeiführung auf das äußere Erscheinungsbild und verstärktes Handlungstraining beschränkt, streitet sich die Wissenschaft, ob eine Zunahme der Gewalt gegen die Polizei überhaupt nachgewiesen ist bzw. welche Daten als Berechnungsgrundlage herangezogen werden können. Spätestens da wird's absurd.

Jedem Opfer von Gewalt, egal ob Polizist oder nicht, ist völlig egal wo er statistisch geführt wird. Sie/Er wurde Opfer einer Straftat, nicht eines Unfalles oder sonst „schädigenden Ereignisses“, die ganz gezielt gegen ihre/seine Person gerichtet war. Eigentlich müsste jedes Mal ein Aufschrei durchs Land gehen, wenn Polizistinnen oder Polizisten bei der Dienstausbübung verletzt oder sonst geschädigt werden. Ich frage mich allen Ernstes: Mit welchem Recht werden wir beleidigt, bespuckt oder verletzt? Das kann weder durch Alter, soziale Umstände noch durch Alkohol oder sonstige Drogen begründet und schon gar nicht entschuldigt werden. Man muss sich einmal vor Augen halten: Menschen werden durch ande-

Fortsetzung auf Seite 4



GEWALT GEGEN POLIZEIBEAMTE

Fortsetzung von Seite 3

re Menschen verletzt – und das ohne grundlegende Feindseligkeiten oder gar Kriegszustand. In diesen Fällen wäre der Aufschrei groß und die Medienresonanz gewaltig.

Völlig unverständlich ist die Diskussion um die Frage, ob die Gewalt gegen die Polizei tatsächlich zugenommen hat oder nicht. Subjektiv wird das jeder polizeiliche „Streetworker“ bestätigen, und objektiv ist es, anhand ständig und dramatisch steigender



**Junge-Gruppe-Plakat zur Aktion „Auch Mensch“**

Zahlen belegbar, egal zu welcher Berechnungsgrundlage ich letzten Endes greife. Eine Zunahme von über 60% verletzter Kolleginnen und Kollegen in Baden-Württemberg in den letzten drei Jahren spricht eine deutliche Sprache.

Wenigstens auf diesen gemeinsamen Nenner konnte man sich in der Veranstaltung vom 30. Oktober einig: Jeder Fall ist einer zuviel.

So gesehen stehen wir immer noch am Anfang der Diskussion. Ein guter und richtiger Ansatz ist sicherlich das „Drei-Säulen-Programm“ des IM, das ab 2014 in BW umgesetzt wird und die Akzeptanz polizeilichen Handelns steigern soll. Verschiedene Faktoren, die die Gewaltspirale positiv wie negativ beeinflussen, wie Handlungssicherheit, soziale und „interkulturelle“ Kompetenz, körperliche Fitness, Selbstreflexion, auch des Erscheinungsbildes, werden schwerpunktmäßig in die Aus- und Fortbildung aufgenommen. Dane-

ben werden „Partner“ gesucht und Netzwerke mit Schulen, Kultur und Justiz gewoben werden. Sicherlich ein langer Weg, der aber konsequent beschritten werden muss. Dabei gilt es, die alte „Vogel friss oder stirb“-Mentalität abzulegen und alle internen und externen Erkenntnisse abzuschöpfen. Obwohl die Gewaltforschung noch am Anfang steht, kann sie sicherlich vielerlei Hilfestellungen geben. Erlasse, Vorschriften und Anweisungen können bestenfalls als Alibi dienen, wenn sie nicht überzeugend an den Mann/die Frau gebracht werden.

Dazu gehört vor allem auch eine Rückendeckung im Fall des Falles. Die Aufforderung von IdP Detlef Werner an die Vorgesetzten: Sie müssen in diesen Situationen hinter ihren Beamten/-innen stehen“, gebe ich gleich weiter an die politisch Verantwortlichen, endlich der uralten GdP-Forderung nach einem dienstlichen Rechtsschutz für geschädigte Kolleginnen und Kollegen nachzukommen. Ein Netzwerk darf nicht nur nach außen gewoben werden, sondern muss vor allem auch nach innen tragfähig sein.

Völlig daneben ist jedoch der unterschwellige Vorwurf, Polizisten seien ja selber schuld, wenn ihnen Gewalt angetan wird, wie er zuletzt in den Medien veröffentlicht wurde. Jeder, der bereits in Widerstände oder gewalttätige Auseinandersetzungen verwickelt war wie: „Das heißt Adrenalin pur“. Die Gedanken überschlagen sich im Kopf, Verhaltensmuster laufen ab, Selbsterhaltungstrieb und Schutzmechanismen bestimmen das Handeln, vieles geschieht automatisch oder rein zufällig. Und gerade dieser häufig nicht zu beeinflussende Zufall entscheidet über den weiteren Weg – im wahrsten Sinne des Wortes. Und wie so oft wissen es hinterher wieder alle besser. Häufig sind die „Verletzungen“, die man nach einem solchen Einsatz „hausintern“ noch erleiden muss, gravierender als die eigentliche Tat. Aber alleine schon diese Erfahrungen wären eine eigene Abhandlung wert.

Auch daran, oder vor allem daran, gilt es zu arbeiten.

In diesem Sinne fordere ich alle auf, alles zu tun, um die Gewaltspirale wieder in die richtige Richtung zu drehen. Gegenseitige Vorwürfe oder gar Schuldzuweisungen müssen endlich der Vergangenheit angehören. Auch das gehört zur Polizeikultur. Wir bezeichnen uns doch nicht umsonst als lernende Institution – oder doch?



**Titelseite der Dokumentation zur GdP-Medienkonferenz „Gewalt gegen Polizisten“**

Das war's, oder

Fortsetzung von Seite 1

rungsstellen. Nachhaltige Lösungen sind und waren bisher nicht erkennbar. Stattdessen definieren wir Leistung immer wieder neu, am besten angepasst an den vorhandenen Stellen und beurteilen im bekannten Rhythmus. Verluste werden in Kauf genommen, denn es kann ja nicht nur Leistungsträger geben! Zuviel Pessimismus? Ich denke nicht, denn gerade ein bevorstehender Jahreswechsel kann eine Gelegenheit sein, über vielleicht auch Alltägliches nachzudenken.

Pessimismus bedeutet aber auch Stillstand, und den wollen wir als Gewerkschaft der Polizei nicht. Wir haben zwar auch nicht immer die alle glücklich machende Lösung, aber wir wollen die Probleme behandelt und beraten wissen. Wir wollen uns einbringen und streiten um Veränderungen und nicht nur schimpfen, kritisieren und zugleich hoffen, dass sich nichts verändert.

Sich einbringen, etwas verändern wollen und mitgestalten ist nicht der einfache, sondern der harte und steinige Weg. Wir sind aber der festen Überzeugung, dass es sich lohnt, diesen Weg zu gehen

Ich wünsche allen ruhige und besinnliche Feiertage, viel Gesundheit und für das neue Jahr alles, alles Gute.

**Euer Rüdiger Seidenspinner**



## BESTEUERUNG DER ALTERSEINKÜNFTE

# BFH sieht keine Benachteiligung für Versorgungsempfänger

Wir hatten bereits im Mai und auch im Juli in verschiedenen Publikationen (digit@1, DEUTSCHE POLIZEI, Info-Brief an die Seniorenvertreter in den KGen) darauf hingewiesen, dass die Besteuerung der Altersbezüge ab 2005 mit dem Alterseinkünftegesetz neu geregelt worden ist. Hintergrund war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 6. März 2002: Die Richter entschieden, dass die unterschiedliche Besteuerung der Beamtenpensionen und der Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung mit dem Grundgesetz (Art. 3 Abs. 1) unvereinbar sei. Während Renten damals mit sehr niedrigen Ertragsanteilen besteuert wurden, mussten Versorgungsempfänger ihre Pension nahezu vollständig versteuern – lediglich ein Versorgungsfreibetrag und der Arbeitnehmerpauschbetrag wurden abgezogen.

Gesetzlich umgesetzt wurde das BVerfG-Urteil mit dem bereits erwähnten Alterseinkünftegesetz. Da-

mit verringerte sich aber nicht der steuerpflichtige Anteil der Versorgungsbezüge, dieser blieb für Bestands- und Neupensionäre im Jahr 2005 gleich. Vielmehr wurde die Rentenbesteuerung umgestellt:

Die ehemaligen Ertragsanteile erhöhten sich und werden nun Besteuerungsanteile genannt. Die Umstellung der Rentenbesteuerung führte aber nicht zum „Gleichstand“ bei der Besteuerung. Denn Renten werden bei Bestands- und Neurentnern in 2005 zur Hälfte versteuert, Versorgungsbezüge hingegen je nach Gesamthöhe bis zu 90 Prozent.

Der steuerpflichtige Anteil erhöht sich ab 2006 sowohl für Neupensionäre als auch für Neurentner.

Daher ist fraglich, ob der Gesetzgeber die Vorgaben des BVerfG ab 2005 verfassungskonform umgesetzt hat. Schließlich werden Versorgungsbezüge weiterhin wesentlich höher besteuert als Renten. Wir hatten damals nach Prüfung des Sachverhalts durch

unsere Rechtsanwältin Sandra Damm empfohlen, Einspruch einzulegen, ein Ruhen des Verfahrens zu fordern und zu beantragen, dass die Versorgungsbezüge nicht höher besteuert werden als in vergleichbaren Fällen die Renten. Erst Ende Juni 2013 veröffentlichte der BFH ein Urteil in der Sache, das bereits am 7. Februar 2013 gefällt worden war. Demnach hat der BFH keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die jetzt geltende Besteuerung von Pensionen. Erste Einleger von Einsprüchen haben von ihren Finanzämtern bereits entsprechende Mitteilungen bekommen und uns darauf aufmerksam gemacht. Da uns zum Zeitpunkt unserer Veröffentlichung das Urteil aus dem Februar 2013 noch nicht bekannt war, hatten wir es als hilfreich angesehen, den Einspruch zu empfehlen.

Heute wissen wir: leider umsonst.

Fazit: Lieber einmal vergeblich bemühen, als sich gar nicht kümmern!

hwf

## AUS DEN KREISGRUPPEN

### Weihnachtsfeier der Kreisgruppe PP Stuttgart

Auch 2013 wollen wir das Jahr mit einer kleiner Feier verabschieden.

Im Namen der Kreisgruppe lade ich Kolleginnen und Kollegen, zusammen mit ihren Angehörigen, sehr herzlich dazu ein, am Donnerstag, 12. 12. 2013, ab 15.00 Uhr im Casino des PP Stuttgart, Hahnenmannstraße 1, bei einem geselligen Treffen, Gesprächen und Erinnerungen das Jahr Revue passieren zu lassen. Die Kreisgruppe lädt seine Gäste zu einem Essen ein. **W.B.**

### Jahreshauptversammlung der KG Esslingen am 6. 11. 2013

Zum letzten Mal traf sich die KG Esslingen zu ihrer Jahreshauptversammlung, bevor 2014 dann die Strukturreform der Polizei umgesetzt wird. Diese fand im Casino der Polizeidirektion Esslingen statt.

Zahlreiche Gäste fanden sich ein. Darunter der PD-Leiter H. D. Wagner, der Vorsitzende des örtlichen Personalsrats, Peter Mangel, die Revierleiter Peter Schubert und Mathias Lipp, der KG-Vorsitzende von Reutlingen, Michael Rieder, Vertreter des BDK, Ralf Peter, und der DPoIG, Adi Seiter, Alexander Oelschlägel von der BB-Bank, Ulrike Moll und Ulrich Zügel von der Signal-Iduna und viele mehr.

Nach der Begrüßung durch den KG-Vorsitzenden Gundram Lottmann referierte Sandra Damm über Aktuelles aus dem Bereich GdP-Rechtsschutz. Frau Damm brachte ihre Mit-

arbeiterin Veronika Batischev mit. Nach dem sehr interessanten Vortrag

Fortsetzung auf Seite 6

Anzeige

Werden Sie Mitglied beim

### »Deutschen Roten Kreuz«

Durch eine Teilnahme an einem »Erste Hilfe Kurs« können Sie gerade bei Autounfällen durch schnelle Hilfe vor Ort Menschenleben retten!

Spenden Sie Blut - um anderen zu helfen - damit Ihnen auch geholfen werden kann! Gerade diese Blutspenden haben schon vielen verunglückten Autofahrern geholfen.

Dieser Eindruck wurde ermöglicht durch

**MVZ Labor Dr. Gärtner & Kollegen**

Elisabethenstraße 11, 88212 Ravensburg, Tel. 07 51 / 5 02-0



**AUS DEN KREISGRUPPEN**

Fortsetzung von Seite 5

wurden die Anwesenden mit einem köstlichen Essen verwöhnt, welche die Koll. Uli Steiner und Harry Hölz servierten.

Wolfgang Schmidt sprach im Anschluss über PSW-Reisen und dem Rückvergütungsrabatt für GdP-Mitglieder.

Werner Kienel wurde von Wolfgang Kircher als Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes und Gundram Lottmann für 40 Jahre Mitgliedschaft in der GdP geehrt.

Danach referierte Wolfgang Kircher über aktuelle Themen in der Polizei und den bevorstehenden Personalratswahlen 2014.

Gundram Lottmann skizzierte in seinem Schlusswort noch die aktuellen Punkte für das kommende Jahr. Genannt wurden hierbei die Arbeitszeit, zweigeteilte Laufbahn und gerechte

Bezahlung unserer Tarifbeschäftigten.

Des Weiteren die Polizeistrukturreform, welche auch Veränderungen bei den Strukturen in der GdP nach sich zieht. Die KG Esslingen wird sich im neuen Polizeipräsidium Reutlingen wiederfinden.

Zum Schluss überreichte Gundram Lottmann an Sandra Damm, Veronika Batschew und Wolfgang Kircher ein kleines Präsent von der ältesten Sektkellerei Deutschlands, Kessler Sekt aus Esslingen.

Ein sehr harmonischer Abend ging zu Ende.



**Ehrung des Kollegen Werner Kienel (links) für 40 Jahre Mitgliedschaft in einer demokratischen Gewerkschaft durch Wolfgang Kircher, Mitglied im geschf. GdP-Landesvorstand (Mitte), und dem Kreisgruppenvorsitzenden Gundram Lottmann (rechts).**

**SENIORENGRUPPE**

**Landesseniorenvorstand wieder komplett**

**Neue Beisitzer Hans-Jürgen Maier und Josef Schneider**

Der fünfköpfige Vorstand der Seniorengruppe ist wieder komplett: In seiner letzten Sitzung wählten die noch verbliebenen drei Vorstandsmitglieder für die zwei freien Beisitzerposten Hans-Jürgen Maier aus Baden-Baden (ehemals Kriminalbeamter bei der dortigen Kripo) und den Ehrenvorsitzenden der GdP Baden-Württemberg, Josef „Jupp“ Schneider aus Wertheim, in diese Ämter. Damit geht die Zeit zu Ende, in der nur der Landesseniorenvorsitzende H. Werner Fischer, sein Stellvertreter Manfred Bohn und der Schriftführer Wolfgang Schmidt die Geschäfte alleine führen mussten.

In der Landesseniorenkonferenz 2011 hatten die Delegierten neben den drei Letztgenannten noch als Beisitzerin Rita Seyfrid aus Karlsruhe/Wörth und Erwin Müller aus Freiburg (der dem Vorstand bereits viele Jahre angehörte) gewählt. Bereits am Ende des Wahljahres 2011 musste jedoch Rita Seyfrid aus persönlichen Gründen ihr Amt abgeben und zu Beginn des Jahres 2013 führten gesundheitliche Gründe zum Rücktritt von Erwin Müller. Für beide wurden bis eben jetzt keine Nachfolger gefunden. Die Richtlinien für die Seniorenarbeit se-

hen vor, dass Nachwahlen in den Vorstand zwischen den jeweiligen Seniorenkonferenzen durch die vorhandenen Vorstandsmitglieder wahrgenommen werden. Und so konnte in der letzten Vorstandssitzung jetzt die Lücke wieder geschlossen werden. Die vielfältige Arbeit des Seniorenvorstands, der immerhin die Interessen von rund 2100 Mitgliedern in der Seniorengruppe der GdP Baden-Württemberg vertritt, kann jetzt wieder auf mehr Schultern verteilt werden und gewinnt dadurch sicherlich auch mehr an Effizienz.

Der Vorstand hielt dann in seiner neuen Zusammensetzung einen kritischen Rückblick auf die Jubiläumsveranstaltung 25 Jahre Seniorengruppe in der GdP Baden-Württemberg, beriet über die weiteren Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“ und „Seniorenvertreter in den Kreisgruppen“, die Stellungnahme des Seniorengruppenvorstands zu



**Der wieder vollständige Vorstand der Seniorengruppe: v. l. n. r. Landesseniorenvorsitzender H. Werner Fischer, neuer Beisitzer Josef Schneider, Schriftführer Wolfgang Schmidt, stellv. Vorsitzender Manfred Bohn und der neue Beisitzer Hans-Jürgen Maier**  
Bild: H. W. Fischer

den Vorschlägen zur Erstellung einer neuen GdP-Landessatzung, die auf Bundesebene begonnene Arbeit einer Neuauflage des „Aktivprogramms für Senioren (APS)“ und die bevorstehende Bundesseniorenkonferenz im März 2014 in Potsdam. Beschlossen wurde schließlich noch die Herausgabe eines eigenständigen „Imageflyers“ der GdP-Seniorengruppe.

hwf



## SENIORENGRUPPE

## Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“



**Die Teilnehmer des achten GdP-Seminars „Vorbereitung auf den Ruhestand“ vor einem Gebäude der Außenstelle der Akademie der Polizei Baden-Württemberg in Wertheim. Ganz links, zweiter von unten, Seminarorganisator Manfred Bohn (stellv. Landesseniorenvorsitzender), vorne rechts mit Schal H. Werner Fischer, der Landesseniorenvorsitzende. (Dass es bei so vielen Teilnehmern gar nicht so einfach ist, alle gemeinsam ins Bild zu bekommen, sieht man an der rechts noch schnell herbeileidenden Teilnehmerin ...)**

**Bild: H. Werner Fischer**

### Super – Schnell ausgebucht – Viel Lob

Das Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ wird seit Jahren erfolgreich vom Landesseniorenvorstand durchgeführt und hat einen hervorragenden Ruf: Auch dieses Mal bestätigten dies die Teilnehmer wieder. In der Abschlusskritik viel mehrmals der Bewertungsbegriff „Super“. Wieder drei Tage volles Programm und ein angenehm homogener Teilnehmerkreis – das war das achte GdP-Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ in der Außenstelle der Akademie der Polizei in Wertheim. 32 Kolleginnen und Kollegen, elf davon mit Ehefrau oder Lebenspartnerin, konnten der Landesseniorenvorsitzende H. Werner Fischer und der Organisator des Seminars, Manfred Bohn (stellvertretender Landesseniorenvorsitzender), begrüßen. Alle zusammen erlebten drei Tage mit viel Informationen für den neuen Lebensabschnitt aber auch mit angenehmer Geselligkeit.

Auch dieses Mal stellten die beiden Vertreter des Landesseniorenvorstands wieder erstaunt fest, wie diszipliniert die Seminarteilnehmer, die sich alle in der Nähe des Ruhestandes befinden, an allen drei Tagen die große Fülle des vorgetragenen Stoffes aufnahmen und trotz langer

Seminarstage kein Desinteresse erkennen ließen. Außerdem konnte man den Gedankenaustausch während des kollegialen Beisammenseins am Abend fortsetzen. Fast ausnahmslos empfanden die Teilnehmer den Seminarverlauf, das Themenangebot und auch die Unterbringungsbedingungen als sehr gut oder gut – wie die Auswertung der mündlichen Auswertung und auch der schriftlichen Seminarkritik ergab; sogar mehrere Bewertungen als „super“ waren dabei.

Neu im Programm war der Vortrag einer Ärztin der Geriatrischen Reha-Klinik Würzburg (Geriatric = Alters- oder Altersmedizin bzw. -heilkunde),

die es mit verständlichen Worten verstand, die gesundheitlichen Fragen immer älter werdender Menschen zu erläutern. Für viele Teilnehmer das „Highlight“ des Seminars. Weiter im Programm waren Vorträge zum wichtigen Thema Wohnen im Alter, zur altersgerechten Absicherung für Krankheit, Pflege, Unfall, Haftung u. Ä. Keineswegs „trocken“ sondern besonders lebendig und praxisnah referierte erneut ein Rechtsanwalt aus Freiburg über die Rechtsvorschriften zu Vorsorgevollmachten, Patientenverfügungen und das Erbrecht. Informationen gab es auch zu Strukturen, Aufgaben und Zielen der organisierten Seniorenarbeit in Baden-Württemberg, einschließlich des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Auch gab es Erläuterungen zur aktuellen Gewerkschaftsarbeit in Sachen Sparpolitik der Landesregierung. Der GdP-Ehrenvorsitzende Jupp Schneider, seit wenigen Wochen auch neues Mitglied im Landesseniorenvorstand, gab wichtige Hinweise über die für viele Teilnehmer „neuen Felder“ Beamtenversorgung und Beihilfe. Frau Brigita Erceg, Mitarbeiterin in der GdP-Geschäftsstelle in Eberdingen-Hochdorf, stellte die vielfältigen Einkaufsmöglichkeiten der „GdP-Service GmbH“ und der Geschäftsführer von „PSW-Reisen“, Wolfgang Schmidt (Schriftführer im Landesse-

niorenvorstand) die Vorteile beim Buchen einer Reise in seinem Unternehmen vor. Landesseniorenvorsitzender H. Werner Fischer schließlich präsentierte das „Aktivprogramm für Senioren (APS)“ einschließlich der umfangreichen Angebote im Internet auf den Web-Seiten der Bundes-GdP.

Da auch das kollegiale Zusammensein in den Pausen und an den Abenden rundum „passte“ (einschließlich einer Probe von Franken-Weinen und einem kleinen Stadtrundgang mit Jupp Schneider in seiner Heimatstadt Wertheim), traten die Teilnehmer am Ende der drei Tage durchweg zufrieden den Heimweg an. Alle vertraten die Meinung, die Seminare unbedingt fortzusetzen und nach Möglichkeit sogar weitere anzubieten.

**hwf**

## PERSONALMITTEILUNGEN

### Die GdP gratuliert herzlich

**zur Beförderung zum/zur: Polizeihauptkommissar**

Göppingen PD: Rainer Interwies.

Pforzheim: Klaus Vaupel.

Rems-Murr-Kreis: Stephan Schlotz.

**Polizeioberkommissar**

Göppingen PD: Timo Weber.

**Polizeihauptmeister/-in**

Göppingen PD: Christine Heber.

Rems-Murr-Kreis: Michael Bauer,

Hans-Jürgen Nagel.

**Polizeiobermeister**

Göppingen-Bepo: Markus Peter-

hans, Michael Schneider. Mann-

heim: Christian Beck, Sophie Kartes,

Max Koch, Timo Lampert, Markus

Trieburg, Christian Völker, Dirk

Senger.

**Es traten in den Ruhestand:**

Calw: Joachim Kurz.

Esslingen: Thomas Letzelter.

Karlsruhe PP: Rolf Doberstein.

Konstanz: Manfred Misiak.

Ortenaukreis: Hans-Dieter Diebold.

Rastatt/Baden-Baden: Klaus Schmitt.

Tübingen PD: Ewald Raidt.

Die GdP wünscht den Kollegen im Ruhestand alles Gute.

**Zusammengestellt v. A. Burckhardt**



Anzeige

# Lohnsteuerhilfe

für Arbeitnehmer e.V. \* Lohnsteuerhilfeverein

**„Von Mensch zu Mensch.“**

Zum 1. November 2013 hat unser neuer Kooperationspartner seine Arbeit in der GdP-Geschäftsstelle in Eberdingen- Hochdorf aufgenommen.

Der „Lohnsteuerhilfe für Arbeitnehmer e.V.“ betreibt als Lohnsteuerhilfeverein bundesweit 300 Beratungstellen und hat sich für den Einzugsbereich der GdP-Baden-Württemberg auf die Beratung von Beamten und Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, Rentnern und Pensionären spezialisiert.

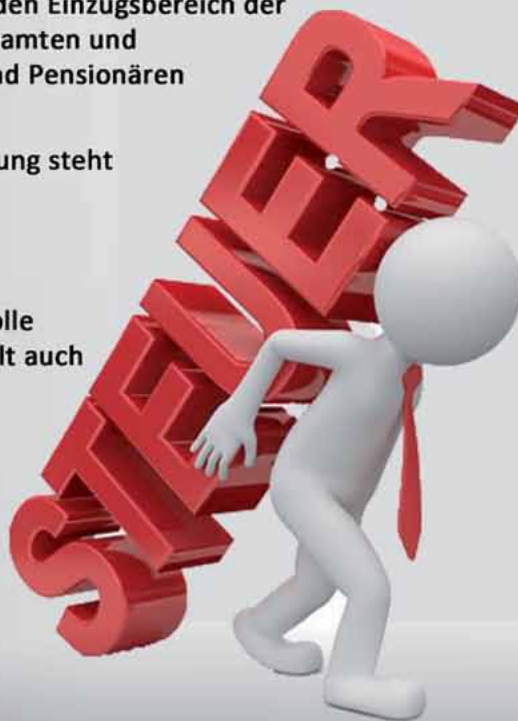
Persönliche Beratung statt maschineller Verarbeitung steht beim Lohnsteuerhilfeverein im Vordergrund.  
Unser Experte ist direkt über die GdP erreichbar.

Der Lohnsteuerhilfeverein bietet steuerlich das volle Programm, also ein Rundum-sorglos-Paket. Das gilt auch für Nebenjobeinkünfte.

Und das zu exklusiven GdP-Sonderkonditionen.

Nähere Infos anfordern unter

**(07042) 879-0**



Ein Kooperationspartner der



**GdP-SERVICE-GMBH BW**  
MIT SICHERHEIT EIN GUTES GESCHÄFT

